

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 2. Oktober 1989

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	8, 9, 10, 11	Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	37
Dr. Ehrenberg (SPD)	35, 36	Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)	6, 7
Eich (DIE GRÜNEN)	29, 30, 31, 32	Schäfer (Offenburg) (SPD)	34
Engelsberger (CDU/CSU)	4	Dr. Sperling (SPD)	20, 21
Großmann (SPD)	1, 2, 3	Dr. Struck (SPD)	22, 23, 24
Dr. Hoyer (FDP)	12	Volmer (DIE GRÜNEN)	25, 26, 44, 45
Kolb (CDU/CSU)	38, 39, 40, 41	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	13, 14	Wolfgramm (Göttingen) (FDP)	46, 47, 48
Nehm (SPD)	15, 16, 17	Wüppesahl (fraktionslos)	42, 43
Oesinghaus (SPD)	18, 19	Würtz (SPD)	5, 33

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes		Nehm (SPD)	
Großmann (SPD)		Vereinbarkeit der Nettokreditaufnahme und des Investitionshaushalts 1990 mit Artikel 109 GG	6
Umfang, Themen und Kosten der Anzeigen der Bundesregierung in Tageszeitungen und Illustrierten von Januar bis September 1989	1	Oesinghaus (SPD)	
		Einhaltung der Empfehlung des Finanz- planungsrats bei der Ausgabenpolitik	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen		Dr. Sperling (SPD)	
Engelsberger (CDU/CSU)		Steuereinnahmen durch den Bau einer Wohnung; Erträge einer Wohnungsbau- investition im Vergleich zu anderen Kapitalverwendungen	8
Unterstützung der USA bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	2	Dr. Struck (SPD)	
Würtz (SPD)		Finanzierung von Investitionen des Bundes aus Steuereinnahmen seit 1983	9
Unterstützung des türkischen Antrags auf Vollmitgliedschaft in der EG	3	Rechtfertigung der Steuersenkungs- und Verschuldungspolitik angesichts der Wirtschaftsprognosen für 1990	9
		Finanzverfassungsrechtliche Streitfragen vor dem Bundesverfassungsgericht seit 1983	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern			
Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)		Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	
Strafverfolgung deutscher Firmen angesichts der Lieferung chemischer Grundstoffe zur Herstellung von Kokain nach Kolumbien	3	Volmer (DIE GRÜNEN)	
		Herkunft der Hubschrauber des Typs „BO 105“ der chilenischen Luftwaffe	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen			
Börnsen (Ritterhude) (SPD)		Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	
Abweichungen in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte gegenüber der Modellrechnung des Bundesministers der Finanzen in der Studie über die Grenzen staatlicher Verschuldung; Aussetzung der Steuersenkungen auf Kredit	4	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	
Nettokreditaufnahme der ersten drei Quartale 1988 und 1989 im Vergleich zur für das ganze Haushaltsjahr geplanten Nettokreditaufnahme	5	Preisanstieg bei Arzneimitteln im Nicht- Festbetragsbereich auf Grund der Festbetragsregelung	11
Dr. Hoyer (FDP)			
Verminderung des Lärms vom Truppen- übungsplatz Sennelager	5	Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)		Eich (DIE GRÜNEN)	
Anteil der Neuverschuldung am Brutto- sozialprodukt 1989 und 1990	6	Computerviren im Bereich der Bundeswehr, insbesondere der Luftwaffe in Süddeutsch- land	12
Höhe der Steuern 1989 und 1990 im Vergleich zu 1982	6	Würtz (SPD)	
		Schaffung eines NATO-Tieffluggebiets in der Türkei durch Umsiedlung der Bewohner von 48 Dörfern	13

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
Schäfer (Offenburg) (SPD) Verwendung von weichmacherfreien Verpackungsfolien für Frischfleisch und Käse	Wüppesahl (fraktionlos) Unterstützung einer Atomwaffenentwicklung in Brasilien durch die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH in Geesthacht
14	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Dr. Ehrenberg (SPD) Beginn des Baus von Rauchgasentschwefe- lungsanlagen und Zahl der bereits in Betrieb befindlichen Anlagen	Volmer (DIE GRÜNEN) Deutsche Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl in Nicaragua im Februar 1990
14	17
Frau Saibold (DIE GRÜNEN) Förderung der Vermarktung eines vom Volkswagenwerk entwickelten Pkw mit besonders sparsamem Treibstoffverbrauch	Wolfgramm (Göttingen) (FDP) Absicherung des Programms zur Lepra- bekämpfung in Pakistan; Unterstützung des Aufbaus einer Basisgesundheits- versorgung
15	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
Kolb (CDU/CSU) Chronologische Auflistung über den Neubau des Plenarsaals des Deutschen Bundestages; Verzögerungen durch die Architekten; Kosten bei sofortigem Entzug des Auftrags . . .	
15	

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Großmann** (SPD) Wie viele Anzeigen sind in Tageszeitungen und Illustrierten in der Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 30. September 1989 vom Bundespresseamt und den Ressorts erschienen?
2. Abgeordneter **Großmann** (SPD) Auf welche Themen bezogen sich diese Anzeigen, und zu welchen Kosten sind sie geschaltet worden?
3. Abgeordneter **Großmann** (SPD) In welchen Tageszeitungen, Illustrierten waren diese Anzeigen schwerpunktmäßig erfasst?

Antwort des Bundesministers Klein vom 29. September 1989

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1989 haben das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die Bundesministerien aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit (Funktionskennziffer 013) insgesamt 73 Anzeigen mit Gesamtkosten von 10 735 634,24 DM geschaltet.

Die Themen dieser Anzeigen und die Medien, in denen sie geschaltet wurden, sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Ressort	Zahl der Anzeigen 1. Januar bis 30. September	Themen	Kosten	Medien
BPA	2	– Erklärung von Den Haag vom 11. März 1989	79 577,06	überregionale Tageszeitungen einschließlich Frankfurter Rundschau und Handelsblatt
		– Kleinanzeigen „Fragen zu Europa?“ im Rahmen der Aktion Bürgertelefon	379 981,14	regionale und überregionale Tageszeitungen bundesweit, Boulevardzeitungen
AA	–	–	–	–
BMI	–	–	–	–
BMJ	2	über Broschüren	9 630,72	Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
		– Der Umgang mit dem Leben – Fortpflanzungsmedizin und Recht		
		– Der Schutz der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland		
BMF	–	–	–	–
BMWi	–	–	–	–
BML	–	–	–	–
BMB	–	–	–	–
BMA	27	– Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	9 205 331,00	regionale und überregionale Tageszeitungen, Teilbelegung von Rundfunk- und Fernsehzeitschriften, Illustrierte Wochen- und Yellow Press
		– Gesundheitsreformgesetz		
		– Rentenreformgesetz		

Ressort	Zahl der Anzeigen 1. Januar bis 30. September	Themen	Kosten	Medien
BMVg	1	„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ – Abbildung eines Posters aus der Serie „Ein Bild des Friedens . . . erst mit der Bundeswehr komplett“ Sympathiewerbung	28 500	Illustrierte STERN
BMJFFG	—	—	—	—
BMV	—	—	—	—
BMU	24	– Drei-Wege-Katalysator – Nord- und Ostsee – Freizeit und Umwelt – Luft – Naturschutz – sonstige umweltrelevante Themen	894 000,00	regionale und überregionale Tageszeitungen bundesweit, Anzeigenblätter bundesweit, Ihr Zugbegleiter (IC-Faltblatt auf allen IC-Strecken), Fachzeitschriften für Lehrer
BMBAu	—	—	—	—
BMPT	—	—	—	—
BMFT	—	—	—	—
BMBW	17	– Mädchen und Frauen in technisch-orientierten Berufen – Beruflich betriebliche Weiterbildung	52 489,00 86 125,32	Jugendzeitschriften: Bravo-Girl, Popcorn Wirtschaftsfachpresse: Impulse, DFZ-Wirtschafts- magazin, Handel heute, Handwerksmagazin, Deutsche Handwerkszeitung, Produktion, Industrieanzeiger, Deutsche Bauzeitung
BMZ	—	—	—	—

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung jede einzelne der vom Präsidenten der USA und seitens der amerikanischen Regierung angekündigten Maßnahmen und erhobenen Forderungen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität nachhaltig unterstützen, und wird sie auch die Ankündigungseffekte optimal zur Wirkung kommen lassen?

Antwort des Staatsministers Schäfer vom 29. September 1989

Die Bundesregierung ist entschlossen, einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung der internationalen Rauschgiftkriminalität zu leisten. Sie ist sich bewußt, daß gerade in dieser Frage solidarisches Handeln der Staatengemeinschaft unverzichtbar ist. Das Konzept für den deutschen Beitrag, der sowohl kurzfristige als auch längerfristige Maßnahmen einschließen soll, wird z. Z. erarbeitet. Die Bundesregierung steht dabei mit der amerikanischen Regierung, ihren europäischen Partnern und anderen befreundeten Regierungen in engem Kontakt und berät mit ihnen, wie die Wirksamkeit der Maßnahmen durch gemeinschaftliches Handeln erhöht werden kann.

5. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche konkrete Unterstützung hat die Bundesregierung der Türkei zur Verwirklichung des türkischen Antrags auf Vollmitgliedschaft in der EG bisher gewährt, und wie ist in diesem Zusammenhang das bisherige Ergebnis bei der EG-Kommission?

**Antwort des Staatsministers Schäfer
vom 29. September 1989**

Mit Eingang des türkischen Beitrittsantrages zu den Europäischen Gemeinschaften vom 14. April 1987 hat sich die Bundesregierung im Rat der EG mit Erfolg dafür eingesetzt, daß dieser Beitrittsantrag in gleicher Weise wie frühere Anträge auf EG-Mitgliedschaft gemäß dem dafür vorgesehenen Verfahren nach Artikel 237 EWG-Vertrag bzw. Artikel 98 EGKS-Vertrag und Artikel 205 EURATOM-Vertrag behandelt wurde.

Der Beitrittsantrag der Türkei liegt derzeit der EG-Kommission zur Stellungnahme vor. Von der Kommission hören wir, daß die Stellungnahme dem Rat noch in diesem Jahr zugeleitet werden soll. Der Inhalt der Stellungnahme wird den Mitgliedstaaten erst nach der Verabschiedung durch die Kommission bekanntgegeben.

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die Zeitungsberichte bestätigen, daß deutsche Unternehmen chemische Grundstoffe zur Herstellung von Kokain nach Kolumbien liefern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger
vom 29. September 1989**

Die Bundesregierung kann nicht ausschließen, daß deutsche Unternehmen chemische Grundstoffe zur Herstellung von Kokain nach Kolumbien liefern. Nach Mitteilung des Bundeskriminalamtes liegen jedoch in dieser Richtung überprüfbare Erkenntnisse dort nicht vor.

7. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Namen der Firmen festzustellen und eine strafrechtliche Verfolgung sicherzustellen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger
vom 29. September 1989**

Die Bundesregierung hält es für nicht hinnehmbar, daß chemische Grundstoffe aus der Bundesrepublik Deutschland zur illegalen Drogenherstellung verwendet werden. Es wird deshalb geprüft, ob die bestehenden Kontrollverfahren gegenüber der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie dem Großhandel ausreichen oder weitere gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

8. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Welche der Annahmen für die Modellrechnung des Bundesministers der Finanzen in seiner Studie über die „Grenzen staatlicher Verschuldung“ vom Dezember 1985 haben sich seither als nicht realistisch erwiesen (vgl. Drucksache 11/2468, S. 8 f.)?
9. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Woran liegt es, daß in der Modellrechnung für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ab 1989 (Studie S. 42) schon jetzt erhebliche Abweichungen gegenüber dem geltenden Finanzplan des Bundes, den geschätzten gesamtstaatlichen Einnahmen und den Finanzierungssalden des öffentlichen Gesamthaushalts bis 1993 entstanden sind?
10. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Geht der Bundesminister der Finanzen immer noch von der Auffassung aus, daß „Steuersenkungen auf Kredit“ nicht in das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung passen (Studie S. 40), und warum hat die Bundesregierung diese Konzeption nicht realisiert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 28. September 1989**

In der Studie „Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung“ vom Dezember 1985 wird programmatisch dargestellt, wie sich mit konsequenter Ausgabenbegrenzung unterhalb des BSP-Zuwachses mittelfristig sowohl eine schrittweise Rückführung der Finanzierungsdefizite als auch Steuerentlastungen erreichen lassen.

Der wichtigste und nahezu allein ins Gewicht fallende Unterschied zwischen der Modellrechnung der Studie und der tatsächlichen bzw. heute prognostizierten Entwicklung der öffentlichen Haushalte liegt in der schnellen Verwirklichung der umfangreichen Steuersenkungen im Zeitraum 1986 bis 1990. Die Modellrechnung hat damals weder die dritte Stufe der Steuerreform 1990 noch den auf 1988 vorgezogenen Teilbetrag der Steuersenkung 1990 berücksichtigen können. Eine in sich schlüssige, die Wachstumsdynamik fördernde Steuerpolitik läßt sich schon aus technischen Gründen nicht in vielen kleinen Schritten – wie im Modell der Studie aus Einfachheitsgründen angenommen – verwirklichen. Von daher erklärt sich auch, daß umfassende mehrjährige Steuersenkungsprogramme vorübergehend die öffentlichen Defizite ansteigen lassen können.

Die umfangreichen und zügig verwirklichten Steuersenkungen der Bundesregierung führen zu einem etwas rascheren Absinken der Steuerquote. Sie wird 1990 mit 22,4 v. H. um 0,8 Prozentpunkte unter dem in der Studie angenommenen Wert liegen.

Die aus heutiger Sicht im Haushaltsjahr 1989 zu erwartenden Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts treffen fast genau den in der Studie angenommenen Wert, obwohl auf Grund des erreichten hohen Maßes an Preisniveaustabilität das nominale Wachstum des Bruttosozialprodukts im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1989 mit voraussichtlich 4,8 v. H. etwas geringer war; das durchschnittliche reale Wachstum des Bruttosozialprodukts entspricht mit 2,6 v. H. genau der Annahme der Modellrechnung.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte können sich auf Grund der guten Wirtschaftsentwicklung auch nach 1990 kräftiger entwickeln, als in der Modellrechnung angenommen. Dies zeigt, daß – wie von der Bundesregierung immer betont – umfangreiche Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen zu mehr Wachstumsdynamik beitragen und so letztlich die Solidität der öffentlichen Haushalte stärken.

Die Ausgabenentwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts wird 1986 bis 1989 nur geringfügig von der Annahme der Studie abweichen. Für das Jahr 1993 können aus heutiger Sicht Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts von rund 795 Milliarden DM erwartet werden; die Modellrechnung geht von 788 Milliarden DM aus. Das ergäbe eine Abweichung von insgesamt nicht einmal 1 v. H. der Gesamtausgaben über einen Zeitraum von acht Jahren. Ein hohes Maß an Übereinstimmung zeigt sich auch beim Staatsanteil am Brutto sozialprodukt, der Staatsquote: Sie wird 1990 bei 45 v. H. liegen (Studie: 44, 9 v. H.).

Daß der tatsächliche Kurs der Haushalts- und Steuerpolitik in derart hohem Maße mit den Modellannahmen der Studie, die in ihrer Zielrichtung durchaus programmatischen Charakter haben, übereinstimmt, unterstreicht einmal mehr die Schlüssigkeit und den Erfolg der im Herbst 1982 eingeleiteten Finanzpolitik. Dies beweist, daß die Bundesregierung die politische Kraft hatte, die von ihr als richtig erkannten finanzpolitischen Ziele über einen langen Zeitraum beharrlich zu verfolgen. Die Richtigkeit dieses Kurses wird nicht zuletzt durch die hervorragende gesamtwirtschaftliche Entwicklung in eindrucksvoller Weise bestätigt.

11. Abgeordneter
Börsen
(Ritterhude)
(SPD)

Wie hoch war die Nettokreditaufnahme des Bundes in den ersten drei Quartalen der Jahre 1988 und 1989 jeweils und im Vergleich zu der für das ganze Haushaltsjahr geplanten Nettokreditaufnahme?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 4. Oktober 1989**

Die erbetenen Daten sind in der folgenden Übersicht zusammengestellt. (Bei den Angaben für das III. Quartal 1989 handelt es sich um das vorläufige Ergebnis.)

	Mio. DM	in v. H. der geplanten Nettokreditaufnahme
I. Quartal 1988	20 580	53,3
II. Quartal 1988	4 893	12,7
III. Quartal 1988	13 361	34,6
Nettokreditaufnahme 1988	35 388	91,6
I. Quartal 1989	10 476	37,6
II. Quartal 1989	8 574	30,8
III. Quartal 1989	564	2,0

12. Abgeordneter
Dr. Hoyer
(FDP)

Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um in Absprache mit der britischen Rheinarmee dafür zu sorgen, daß die seit kurzem unerträglich gewachsene Belastung der Anwohner im ohnehin stark unter militärischem Lärm leidenden Paderborner Stadtteil Sennelager

durch geeignete Maßnahmen wie z. B. die Verlegung des Hubschrauberlandeplatzes ins Innere des Truppenübungsplatzes und durch eine die Anwohner weitestgehend verschonende Anordnung der An- und Abflugrouten spürbar vermindert wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 3. Oktober 1989**

Im Zusammenhang mit militärischen Übungen ist es in letzter Zeit vermehrt zu Hubschrauberflügen im Bereich des Hauptquartiers der britischen Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz Senne gekommen. Die Streitkräfte sind gebeten worden, die Zahl der Hubschrauberflüge auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken und bei den An- und Abflügen Wohngebiete möglichst zu meiden. Sie haben dies zugesagt.

Eine Verlegung der Hubschrauberlandeplätze in das Platzinnere ist nicht möglich, da sich hier die Zielgebiete der Schießbahnen des Truppenübungsplatzes befinden.

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) | Wie hoch wird in den Jahren 1989 und 1990 der Anteil der öffentlichen Neuverschuldung am Bruttosozialprodukt liegen? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 2. Oktober 1989**

Der Anteil der öffentlichen Neuverschuldung am Bruttosozialprodukt liegt nach Schätzungen vom Frühjahr dieses Jahres 1989 bei 1,9 v. H. und 1990 bei 2,5 v. H.

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) | Wie hoch (in Mrd. DM und in v. H.) werden die Steuern 1989 und 1990 über dem Stand des Jahres 1982 liegen? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 2. Oktober 1989**

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1989 werden die Steuereinnahmen im Jahr 1989 um 146,6 Mrd. DM oder + 38,7 v. H. und im Jahr 1990 um 146,7 Mrd. DM oder 38,7 v. H. über denen im Jahr 1982 liegen.

Die zwischenzeitliche Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte läßt eine geringere Neuverschuldung als auch höhere Steuereinnahmen erwarten. Die Bundesregierung bereitet zur Zeit Neuschätzungen zum Bruttosozialprodukt und zur Ausgaben- und Einnahmenentwicklung der öffentlichen Haushalte für die Jahre 1989 und 1990 vor. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ wird am 13. und 14. November 1989 tagen.

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordneter
Nehm
(SPD) | Wie kann die Bundesregierung die Auffassung begründen, daß bei Investitionen von 37,7 Mrd. DM eine Finanzierungslücke im Bundeshaushalt |
|--|---|

1990, die aus 33,7 Mrd. DM Nettokreditaufnahme und 7 Mrd. DM Bundesbankgewinn besteht, mit den stabilitäts- und wachstumspolitischen Anforderungen des Artikels 109 GG zu vereinbaren ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 3. Oktober 1989**

Der Anstieg der Nettokreditaufnahme um knapp 6 Milliarden DM auf 33,7 Milliarden DM beruht vor allem auf dem Wirksamwerden der dritten Stufe der Steuerreform mit Steuermindereinnahmen von über 24 Milliarden DM, von denen rund 10 ½ Milliarden DM auf den Bund entfallen.

Die Steuersenkung trägt 1990 wesentlich zur Verstetigung des Anstiegs der Inlandsnachfrage und damit des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bei. Sie entspricht den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.

Das gilt auch für die durch die Steuersenkung verursachte Steigerung der Nettokreditaufnahme 1990. Nach dem Finanzplan des Bundes 1989 bis 1993 wird die Nettokreditaufnahme bereits 1992 wieder unter den Betrag von 1989 sinken und bis 1993 auf 25,6 Milliarden DM zurückgehen.

16. Abgeordneter
Nehm
(SPD)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß es bei der Feststellung, ob ein Haushaltsgesetz die Anforderungen des Artikels 109 GG erfüllt, nur auf die Höhe der Nettokreditaufnahme ankommt und daß deshalb die Höhe des zur Haushaltsfinanzierung verwendeten Bundesbankgewinns ohne Bedeutung ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 3. Oktober 1989**

Für die Frage, ob ein Haushaltsgesetz den Anforderungen des Artikels 109 GG entspricht, ist zunächst einmal die Höhe des Ausgabenzuwachses von maßgeblicher Bedeutung.

Zur Frage des Verhältnisses von Bundesbankgewinn und Nettokreditaufnahme hat sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Staatsverschuldung vom 18. April 1989 geäußert. Danach ist zu prüfen, wieweit eine handhabbare Regelung für die Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme in einer gesamtwirtschaftlichen Normallage gefunden werden kann. Dabei sei auch die Verwendung des Bundesbankgewinns zur Ausgabenfinanzierung zu bedenken.

Die Bundesregierung wird den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts sorgfältig prüfen. Sie hat bereits im Haushalt 1989 mit der neuen Veranschlagung des Bundesbankgewinns im Haushalt zum Ausdruck gebracht, daß ein erheblicher Anstieg des Bundesbankgewinns über den als dauerhaft zu erwartenden Betrag hinaus die tatsächliche Entwicklung der Haushaltssituation verdeckt. Der Bundesbankgewinn wird deshalb seit 1989 auf mittlerem Niveau veranschlagt. Mehreinnahmen dienen unmittelbar zur Tilgung fälliger Altschulden des Bundes.

17. Abgeordneter
Nehm
(SPD)

Kann die Bundesregierung darlegen, was vom Bundesminister der Finanzen nicht zu vertretende Ausgabensteigerungen sind, und welche Ausgaben er zu verantworten hat (vgl. Plenarprotokoll 11/157 vom 6. September 1989 S. 11965)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 3. Oktober 1989**

Der Bundesminister der Finanzen hat in seiner Rede am 6. September 1989 im Rahmen der ersten Beratung des Haushaltsentwurfs 1990 darauf hingewiesen, daß die Steigerungsrate des Haushaltsentwurfs 1990 mit 3,4 v. H. deutlich unter dem Ausgabenanstieg 1989 von 5,8 v. H. liegt. Der Ausgabenanstieg 1989 ist nicht zuletzt auf den von der Bundesregierung nicht zu vertretenden starken Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern zurückzuführen, der insbesondere zu dem hohen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit geführt hat.

- | | |
|--|--|
| 18. Abgeordneter
Oesinghaus
(SPD) | Wie kommt es, daß die Bundesregierung den Ausgabenanstieg im Bundeshaushalt auf einmal nicht mehr wie bisher seit Jahren üblich an der vom Finanzplanungsrat empfohlenen 3 Prozent-Ausgabenlinie mißt, sondern am Abstand zu der Zuwachsrates des nominalen Bruttosozialprodukts? |
| 19. Abgeordneter
Oesinghaus
(SPD) | Warum hält der Bundesminister der Finanzen sich mit seiner Ausgabenpolitik in diesem und in den kommenden Jahren nicht an die von ihm und unter seinem Vorsitz beschlossene Empfehlung des Finanzplanungsrats, die Bundesausgaben nicht über 3 v. H. jährlich ansteigen zu lassen? |

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Carstens
vom 3. Oktober 1989**

Mit jahresdurchschnittlich + 3,1 v. H. in den Jahren 1990 bis 1993 entspricht das Ausgabenwachstum des Bundes den Empfehlungen des Finanzplanungsrates vom 24. Mai 1989, „das Ausgabenwachstum der öffentlichen Haushalte weiterhin insgesamt auf rund 3 v. H. zu begrenzen“. Der Ausgabenzuwachs des Bundes liegt auch deutlich unter der erwarteten jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des nominalen BSP von + 4½ v. H.

Das Ziel, das Ausgabenwachstum des Bundeshaushalts unter der Zuwachsrates des BSP zu halten, ist nicht neu, sondern dies gehört seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 zu den haushaltspolitischen Grundprinzipien dieser Bundesregierung. Die Einhaltung dieses Grundsatzes ist ein Eckpfeiler der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Während 1969 bis 1982 das jahresdurchschnittliche Ausgabenwachstum mit fast 9 v. H. deutlich über der durchschnittlichen BSP-Wachstumsrate von + 8,1 v. H. lag, wurde es 1983 bis 1988 mit jährlich durchschnittlich knapp 2 v. H. auf weniger als die Hälfte des durchschnittlichen BSP-Wachstums von 4,8 v. H. begrenzt.

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Welche Einnahmen an Lohn-, Mehrwert- und anderen Steuern entstehen durch den Bau einer Wohnung durchschnittlicher Größe und durchschnittlicher Kosten? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie ist der volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekt einer Wohnungsbauinvestition im Vergleich zu anderen Kapitalverwendungen zu bewerten? |

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 4. Oktober 1989**

Der Bau von Wohnungen konkurriert mit anderen investiven und konsumtiven volkswirtschaftlichen Verwendungen. Eine isolierte Betrachtung ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht deshalb nicht sinnvoll. Die Bundesregierung verzichtet daher auf eine Bezifferung ohnehin kaum abschätzbarer Multiplikatoreffekte und auf die Ermittlung der Auswirkungen des Wohnungsbaus auf die Steuereinnahmen.

22. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD) In welchem Umfang hat der Staat – insgesamt und davon der Bund – in den einzelnen Jahren ab 1983 nach Ist- oder Plan- bzw. Schätzzahlen seine Investitionen aus Steuern finanziert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 4. Oktober 1989**

Eine Zurechnung einzelner Einnahmearten zu bestimmten Ausgabearten eines öffentlichen Haushalts ist ökonomisch gesehen wenig sinnvoll. Dies hat sich auch im § 7 des Haushaltsgrundsatzgesetzes (Grundsatz der Gesamtdeckung) niedergeschlagen, wonach grundsätzlich alle Einnahmen als Deckungsmittel für alle Ausgaben dienen. Deshalb kann die Frage nach der Finanzierung der Investitionen aus Steuern nicht beantwortet werden.

Allenfalls kann die Finanzierung der Investitionen aus dem Überschuß der „ordentlichen“ Einnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge, wie Kreditaufnahmen, Münzeinnahmen usw.) über die laufenden Ausgaben dargestellt werden. Hiernach ergibt sich folgendes Bild (in v. H.):

Jahr	öffentlicher Gesamthaushalt	darunter: Bund
1982	28,3	– 8,1
1983	42,9	10,9
1984	52,4	22,3
1985	60,8	38,6
1986	58,3	34,5
1987	49,8	20,1
1988	48,3	– 4,8
1989 ¹⁾	63,9	26,3
1990 ¹⁾	51,3	11,7

¹⁾ Schätzung bzw. Planzahlen Stand Frühjahr 1989

23. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD) Wie läßt sich angesichts der neuesten Wirtschaftsprognosen für 1990 die gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit der expansiven Steuersenkungs- und Verschuldungspolitik des Bundes für das kommende Jahr rechtfertigen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 4. Oktober 1989**

Die Steuerpolitik der Bundesregierung zielt im Rahmen des seit Herbst 1982 verfolgten längerfristigen finanzpolitischen Konzepts auf eine dauerhafte Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Wachstum

und Beschäftigung ab. Die bereits im Sommer 1988 vom Gesetzgeber verabschiedete Steuersenkung 1990 ist Teil eines sich über mehrere Jahre erstreckenden Steuerreformpakets.

Die neuesten Wirtschaftsprognosen, die übereinstimmend eine hervorragende gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzeigen, bestätigen, daß die auf Stetigkeit und Verlässlichkeit angelegte Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung richtig ist. Sie sieht daher keinen Anlaß, ihren finanzpolitischen Kurs zu ändern.

24. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD) Welche Verfahren zu finanzverfassungsrechtlichen Streitfragen sind vom Bundesverfassungsgericht seit 1983 entschieden worden und welche sind noch rechtshängig?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 5. Oktober 1989**

1. Vom Bundesverfassungsgericht seit 1983 entschiedene Verfahren zu finanzverfassungsrechtlichen Streitfragen:
 - Normenkontrollanträge der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Regierung des Landes Baden-Württemberg, des Senats der Freien Hansestadt Bremen, der Hessischen Landesregierung, der Regierung des Saarlandes und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg gegen Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1432) und des Zerlegungsgesetzes vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145),
Urteil des Zweiten Senats vom 24. Juni 1986 – 2 BvF 1, 5, 6/83, 1/84 und 1, 2/85 – (BVerfGE 72, 330).
 - Normenkontrollverfahren von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981) vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630) für nichtig zu erklären,
Urteil des Zweiten Senats vom 18. April 1989 – 2 BvF 1/82 – (BVerfGE 79, 311).
 - Verfassungsbeschwerde gegen die auf Grund des § 6 Abs. 2 des Baden-Württembergischen Kommunalabgabengesetzes und der Satzung der Stadt Überlingen erhobene Zweitwohnungssteuer,
Beschluß des Zweiten Senats vom 6. Dezember 1983 – 2 BvR 1275/79 – (BVerfGE 65, 325).
 - Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Finanzgerichts Hamburg vom 16. Mai 1984 (IV 14/89 H) zu § 1 des Hamburgischen Gesetzes über die Erhebung einer Getränkesteuer,
Beschluß des Zweiten Senats vom 26. Februar 1985 – 2 BvL 14/84 – (BVerfGE 69, 174).
 - Verfassungsbeschwerden der Landeshauptstadt München, der Landeshauptstadt Stuttgart und der Stadt Heidelberg gegen die Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1982, 1983 und 1984 vom 7. Januar 1982 (BGBl. I S. 2),
Beschluß des Zweiten Senats vom 15. Oktober 1985 – 2 BvR 1808, 1809, 1810/82 – (BVerfGE 71, 25).

2. Beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren zu finanzverfassungsrechtlichen Streitfragen:
- Normenkontrollanträge des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der Regierung des Saarlandes zu Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94) – 2 BvF 1, 2/88 und 1/89 –.
 - Normenkontrollanträge der Hessischen Landesregierung und der Regierung des Landes Baden-Württemberg zu Artikel 1 des Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2358) – 2 BvF 4, 5/89 –.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut der angesehenen britischen Militärzeitschrift „Jane's Defence Weekly“ vom 9. September 1989 die chilenische Luftwaffe über sechs Hubschrauber des Typs „ENAER/MBB BO 105“ verfügt, und handelt es sich dabei um Hubschrauber aus der früheren bundesdeutschen Lieferung der zivilen Version des Hubschraubers „BO 105“ an die „Carabineros“, die bewaffnete chilenische Polizei?
26. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Falls dies nicht der Fall ist, wie sind dann nach Informationen der Bundesregierung die Hubschrauber vom Typ „BO 105“ aus der Bundesrepublik Deutschland in die Hände der staatlichen, der Luftwaffe unterstellten Rüstungsfirma ENAER bzw. der chilenischen Luftwaffe gekommen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Beckmann vom 2. Oktober 1989

Die Bundesregierung ist auf Anfrage durch das Unternehmen unterrichtet worden, daß Anfang 1988 fünf Hubschrauber des Typs BO 105 in der ausfuhrgenehmigungsfreien Version an die chilenische Luftwaffe geliefert wurden.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

27. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngst aus der Marktbeobachtung geäußerten Erkenntnisse der Apotheker, daß auf Grund der Festbetragsregelung teilweise massive Preisanhebungen bei Medikamenten im Nicht-Festbetragsbereich stattfinden?

28. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß durch Verteuerung im Nicht-Festbetragsbereich und bei Nicht-Standardpackungen die bisherige kostengünstige Selbstmedikation zu Lasten der Krankenkassen (Gang zum Arzt zwecks Verschreibung) zurückgedrängt wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Seehofer
vom 5. Oktober 1989**

Es trifft zu, daß die von der Festbetragsregelung betroffenen Arzneimittelhersteller zum Teil versucht haben, die erheblichen Preissenkungen bei den Festbetragsarzneimitteln durch Preiserhöhungen bei anderen Arzneimitteln zu kompensieren. Die Einsparerfolge der Festbeträge werden dadurch nicht in Frage gestellt.

Im einzelnen hatten die Preisbewegungen nach den Erhebungen des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen folgende Auswirkungen:

- Bei den von den Festbeträgen betroffenen 1400 Arzneimitteln beträgt die Preissenkung im September 1989 im Vergleich zum Vormonat durchschnittlich 19%. Obwohl diese Arzneimittel nur rund 10% aller ärztlichen Arzneiverschreibungen darstellen, sind diese Preisbrüche massiv auf das Gesamtmarktergebnis durchgeschlagen. Von August zu September fielen die Arzneimittelpreise auf dem Gesamtmarkt um durchschnittlich 1,6%. Preisrückgänge in dieser Größenordnung sind auf dem deutschen Pharmamarkt bislang einmalig.
- In dem „Nicht-Festbetragsmarkt“ kam es zu Preisanhebungen von durchschnittlich rund 0,25%. Die bisher errechneten Festbetragseinsparungen in Höhe von 420 Mio. DM werden dadurch um rund 50 Mio. DM verringert. Es verbleiben jedoch weiterhin Einsparungen von rund 370 Mio. DM, die zu einem Drittel direkt an die Patienten weitergegeben werden (Wegfall der Rezeptgebühr von 3 DM) und zwei Dritteln die Ausgaben der Krankenkassen senken.

Eine solche Gefahr besteht nicht. Zahlreiche Arzneimittel, die zur Selbstmedikation eingenommen werden, können bereits heute auch zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden. Mit der weiteren Umsetzung der Festbetragsregelung werden auch diese Arzneimittel Festbeträge erhalten. Als Folge der Festbeträge sind deshalb auch bei etlichen Selbstmedikationsarzneimitteln Preissenkungen zu erwarten.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

29. Abgeordneter
Eich
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Einsatzbereichen in Luftwaffeneinrichtungen im süddeutschen Raum sogenannte B-Viren in „Software“ aufgetaucht sein sollen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer
vom 29. September 1989**

Es ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer Luftwaffeneinrichtung unbefugt Fremdsoftware benutzt wurde, durch die ein Virus in dort vorhandene DV-Anlagen (administrativer Bereich) eingebracht wurde.

30. Abgeordneter
Eich
(DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Gefährlichkeit dieses Computervirus ein?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer
vom 29. September 1989**

Die Gefährlichkeit von Computerviren wird grundsätzlich hoch eingeschätzt, zumal es für ihre Einordnung keine festen Kriterien gibt.

31. Abgeordneter
Eich
(DIE GRÜNEN)
- Ist das Problem inzwischen beseitigt oder weiterhin virulent?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer
vom 29. September 1989**

Das von Ihnen angesprochene konkrete Problem ist beseitigt. Eine Wiederholung ist jedoch immer dann denkbar, wenn zugangsberechtigte Personen entgegen bestehenden Weisungen privat beschaffte Software in dienstlich bereitgestellte Hardware einbringen.

32. Abgeordneter
Eich
(DIE GRÜNEN)
- Wie stellt sich das Problem von „Computerviren“ nach Kenntnis der Bundesregierung in „Software“ im Einsatzbereich der Bundeswehr allgemein dar?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer
vom 29. September 1989**

Computerviren sind ein Problem für die gesamte DV-Fachwelt. Eine theoretische Lösung zur Entdeckung, Bekämpfung und zum Nachweis des Verursachers ist zur Zeit nicht erkennbar.

Das Einbringen infizierter Programme in die DV im administrativen Bereich ist schwer auszuschließen, weil dort verwendete Datenträger mit denen privater Geräte kompatibel sind. Bei Software von Waffensystemen und Führungssystemen liegen ganz andere Voraussetzungen vor, die wesentlich günstigere Möglichkeiten für die Abwehr von Viren bieten.

33. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Bestrebungen der türkischen Regierung auf Umsiedlung der Bewohner von 28 Dörfern bekannt, um im Raum Konya/Türkei Raum für ein NATO-Tieffluggebiet zu erhalten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer
vom 4. Oktober 1989**

Die für die Beantwortung Ihrer Frage erforderlichen Ermittlungen sind zur Zeit nur unzureichend möglich, da sich der hierfür zuständige Referatsleiter mit weiteren sachkundigen Mitarbeitern bis Ende dieser Woche auf einer Dienstreise im Ausland befindet.

Ich werde Ihnen daher erst mit etwa einwöchiger Verzögerung antworten können und bitte hierfür um Ihr Verständnis.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

34. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung von Verbraucherverbänden zu unterstützen, bei Frischfleisch und Käse nur weichmacherfreie Verpackungsfolien zu verwenden, und wie wird die Bundesregierung gegebenenfalls initiativ werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Pfeifer
vom 28. September 1989**

Weichmacherhaltige Kunststoff-Folien aus PVC werden in der Bundesrepublik Deutschland zur Verpackung von Frischfleisch eingesetzt, da sie die notwendige Durchlässigkeit von Sauerstoff gewährleisten. Eine Verwendung dieser Folien für Käse sehen die hier geltenden Regelungen nicht vor.

Beim Kontakt von Frischfleisch mit weichmacherhaltigen PVC-Folien gehen größere Anteile an Weichmachern auf das Verpackungsgut über, die zwar gesundheitlich unbedenklich sind, die jedoch zu einer nicht unerheblichen Belastung des Verbrauchers mit diesen Stoffen führen. Auch sind inzwischen Folien aus anderen Kunststoffen für die Verpackung von Frischfleisch entwickelt worden, die keine Weichmacher enthalten.

Da gegen die aus Weich-PVC übergehenden Anteile von Weichmachern gesundheitliche Argumente nicht durchgreifen, können einschränkende Maßnahmen bei Frischfleischfolien auf Grund des bestehenden Gemeinschaftsrechtes nur auf EG-Ebene getroffen werden. Daher hat die Bundesregierung bereits im Mai 1987 die EG-Kommission aufgefordert, die Problematik der Belastung von Frischfleisch mit Weichmachern bei Verwendung von Weich-PVC-Folien mit den Mitgliedstaaten zu erörtern und gegebenenfalls gemeinschaftliche Vorschriften für diese Bedarfsgegenstände vorzusehen. Da die EG-Kommission dieses Anliegen bis jetzt noch nicht aufgegriffen hat, wird die Bundesregierung die Kommission erneut bitten, sich der Sache anzunehmen.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

35. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bau von Rauchgas-Entschwefelungsanlagen begonnen wurde und wie viele Anlagen heute in Betrieb sind?
36. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- In welchem Tempo wurde der heutige Stand erreicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 3. Oktober 1989**

In der Bundesrepublik Deutschland wurde mit dem Bau der ersten Rauchgas-Entschwefelungsanlagen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in der ersten Hälfte der siebziger Jahre begonnen. Erste auf kommerzieller Basis errichtete großtechnische Anlagen wurden Ende der siebziger Jahre gebaut.

Der eigentliche Durchbruch zum Bau von Entschwefelungsanlagen wurde mit dem Erlaß der Großfeuerungsanlagen-Verordnung 1983 und dem in ihr enthaltenen Altanlagen-Sanierungskonzept erreicht.

Entsprechend dieser Verordnung mußten alle Anlagen mit 300 MW Feuerungswärmeleistung und mehr, für die keine Restnutzungsbeschränkung erklärt worden war, bis spätestens Mitte 1988 derart nachgerüstet werden, daß sie die SO₂ - Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen einhalten. Das hat allein im Bereich der öffentlichen Stromversorgung dazu geführt, daß bis zu diesem Zeitpunkt 165 Rauchgasentschwefelungsstraßen an 72 Kraftwerksstandorten errichtet worden sind. Das Tempo, mit welchem die Entschwefelungskapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden sind, ist der beigelegten graphischen Darstellung zu entnehmen.

37. Abgeordnete
**Frau
Saibold**
(DIE GRÜNEN)

Hält es die Bundesregierung angesichts der immer kritischer werdenden Umweltsituation für sinnvoll, einen äußerst sparsamen PKW auf den Markt zu bringen [z. B. liegt der Treibstoffverbrauch eines PKW, Fabrikat „Polo“, den das Volkswagenwerk nach Mitteilung der VCD-Verbandszeitschrift (Ausgabe 4/89) in der Lage wäre herzustellen, bei zwei Litern pro 100 Kilometer], und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Fall, außer über eine generelle Benzinpreiserhöhung marktfördernde Initiativen zu ergreifen?

**Antwort des Staatssekretärs Stroetmann
vom 28. September 1989**

Die Entwicklung und Erprobung des Antriebsstrangs eines besonders verbrauchsarmen Polo wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert. Die Erprobung dieses Antriebssystems ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere können noch keine belastbaren Aussagen über etwaige Mehrkosten bei einer Serienproduktion getroffen werden.

Die Bundesregierung hat beschlossen, durch eine emissionsbezogene Kraftfahrzeugsteuer gezielte Anreize für die Entwicklung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge zu schaffen. Neben anderen Schadstoffen soll auch das klimarelevante CO₂, das in direktem Zusammenhang mit dem Kraftstoffverbrauch steht, in geeigneter Weise in die Bemessungsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer einbezogen werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

38. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, eine chronologische Auflistung der „Bautragödien-Komödie“: Plenarsaal Deutscher Bundestag vorzulegen, wo nachvollzogen werden kann, wer für welche Verzögerungen ab welchem Zeitpunkt verantwortlich ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Echternach
vom 4. Oktober 1989**

Ja.

39. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Entwurf der beauftragten Architekten ähnliche unerträgliche Verzögerungen wie das „Olympia-Dach München“ enthält, und was hatte die Bundesbauverwaltung vorsorglich unternommen, um sich – durch München gewarnt – nicht düpierten zu lassen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Echternach
vom 4. Oktober 1989**

Der Entwurf ist mit dem Olympia-Dach nicht vergleichbar. Er ist vergleichsweise konventionell. Gleichwohl ist es zu Verzögerungen bei der Baudurchführung gekommen. Diese Verzögerungen beruhen u. a. darauf, daß die Architekten die planerische Entwicklung nicht rechtzeitig zum Abschluß gebracht und nachträglich Änderungen an vorgelegten Plänen vorgenommen haben. Die Bundesbaudirektion hat die Architekten wiederholt aufgefordert, die Entwurfs- und Ausführungsplanung unter Einschluß des räumlichen Innenraumkonzeptes umgehend zum Abschluß zu bringen und den Planungsprozeß damit zu beenden.

40. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Welche Kosten würden entstehen, wenn man dem beauftragten Architektenbüro sofort den Auftrag entziehen würde?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Echternach
vom 4. Oktober 1989**

Die Kosten können derzeit nicht quantifiziert werden. Nicht unerhebliche Mehrkosten würden voraussichtlich allein dadurch entstehen, daß die Bautätigkeit bei einer Einstellung der Planungstätigkeit der beauftragten Architekten für längere Zeit unterbrochen werden müßte. Auch die Vervollständigung der Planung durch Dritte würde zusätzliche Kosten verursachen.

41. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Welche bisher geleisteten Vorarbeiten könnten genutzt werden und welche wären Makulatur?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Echternach
vom 4. Oktober 1989**

Die bisher von den Architekten geleisteten Vorarbeiten könnten für die Fertigstellung des Bauvorhabens genutzt werden, soweit die Pläne der Bundesbaudirektion vorliegen. In Teilbereichen, insbesondere beim räumlichen Innenraumkonzept, müßte die Planung von einem neuen verantwortlichen Planer zu Ende geführt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

42. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- In Anlehnung an die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Teubner (Drucksache 11/5108) vom 30. August 1989 und die am 1. September 1989

veröffentlichte Broschüre „Atomforschung in Geesthacht; Schleichwege zur Atombombe?“, die dieser Frage beigelegt ist, frage ich die Bundesregierung, was kann die Bundesregierung zu den in der Broschüre erhobenen Vorwürfen (S. 38 bis 41 u. a.) einer objektiven Unterstützung einer militärischen Atomwaffenentwicklung in Brasilien durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Gesellschaft für Kernforschung in Schiffbau und Schifffahrt in Geesthacht (GKSS), die sich zu 90% durch Mittel aus dem Bundeshaushalt finanziert, anführen, um die dargelegten Fakten, Chronologien, personellen Kontinuitäten aus der Nazi-Herrschaft in Deutschland und Fragen zu entkräften?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst
vom 3. Oktober 1989**

Eine Zusammenarbeit mit brasilianischen Wissenschaftlern/Institutionen erfolgt seitens GKSS ausschließlich im Rahmen des Regierungsabkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, das seit 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien besteht und ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Ein Geheimabkommen zwischen GKSS und Brasilien existiert nicht.

Es gibt keine Mitarbeit des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht an einem brasilianischen Atom-U-Boot-Projekt oder an anderen militärischen Projekten Brasiliens.

**43. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)**

Was kann die Bundesregierung zu den in der Broschüre erhobenen Vorwürfen einer objektiv stattgefundenen Entwicklung des Know-how für die Herstellung einer bundesrepublikanischen Atombombe in dem „grauen Mäuslein“ unter den drei Kernforschungszentren – und von daher hierfür richtigerweise indiziert unauffälligsten Einrichtung – zur Entkräftung anführen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst
vom 3. Oktober 1989**

Das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH verfolgt satzungsgemäß nur friedliche Zwecke. Die Forschungsergebnisse werden veröffentlicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat vertraglich schon 1954 auf den Bau und die Entwicklung von Atomwaffen verzichtet und ist darüber hinaus Mitglied des Atomwaffen-Sperrvertrages geworden. Schon daraus ergibt sich, daß eine wie auch immer geartete Entwicklung einer deutschen Atombombe ausgeschlossen ist.

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

**44. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)**

Hat die Auslieferung der von der Bundesregierung zugesagten Unterstützung zur Erstellung und Überprüfung der Wählerlisten sowie der

Wahlergebnisse an Nicaragua begonnen, und sind die Fachkräfte zur Installation und Betreuung der Geräte und zur Einweisung des nicaraguanischen Personals bereits ausgereist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Repnik
vom 3. Oktober 1989**

Mit der Auslieferung und Installation der Geräte wurde begonnen. Die dafür benötigten Fachkräfte sind in Nicaragua eingetroffen.

45. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Welche Mittel aus der Gesamthilfe der Bundesregierung für die Wahlen in Nicaragua im Februar 1990 stehen bereit für die Bezahlung des Fachpersonals zur Bedienung der aus der Bundesrepublik Deutschland gelieferten Geräte, und wie beurteilt die Bundesregierung die Sorge des nicaraguanischen Präsidenten Ortega, auf Grund des Druckes der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika könnte bei der Finanzierung dieses Fachpersonals aus dem Ausland ein Engpaß entstehen, der die ordnungsgemäße Abwicklung des Wahlprozesses gefährdet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Repnik
vom 3. Oktober 1989**

Die Bezahlung des Fachpersonals zur Bedienung der aus der Bundesrepublik Deutschland gelieferten Geräte obliegt nach den getroffenen Vereinbarungen dem Projektpartner. Der Oberste Wahlrat von Nicaragua und die mit der Durchführung des Vorhabens befaßte Universidad Nacional de Ingenieria de Managua haben versichert, daß ausreichendes nicaraguanisches Fachpersonal (ca. 400 Personen) zur Verfügung stehe, für dessen Bezahlung keine zusätzlichen Kosten anfallen würden.

46. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen in Pakistan durch „administrative Umschichtungen im Haushalt“ auf Grund des Ende vergangenen Jahres stattgefundenen Regierungswechsels eine erfolgreiche Fortführung des mit Unterstützung deutscher Nichtregierungsorganisationen aufgebauten nationalen Programms zur Leprabekämpfung gefährdet ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Repnik
vom 3. Oktober 1989**

Der Bundesregierung ist bekannt, daß das Lepraprogramm in Pakistan nicht die erwarteten Regierungsmittel für bestimmte Sachanschaffungen erhalten hat. Die fehlenden Mittel sind inzwischen von einer deutschen Nichtregierungsorganisation bereitgestellt worden.

47. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den langfristigen Erfolg dieses Programms abzusichern, und ist sie erforderlichenfalls bereit, hierfür Mittel aus dem Entwicklungshilfehaushalt bereitzustellen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Repnik
vom 3. Oktober 1989**

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit liegt kein Förderungsantrag einer deutschen Nichtregierungsorganisation zu Gunsten des Lepraprojekts vor. Das BMZ wäre zur Prüfung eines solchen Antrags bereit.

48. Abgeordneter
Wolffgramm
(Göttingen)
(FDP)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan künftig den Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung stärker zu unterstützen und durch eine Verbindung mit Maßnahmen der Familienplanung und Bildung gleichzeitig zu einer dringend notwendigen Verminderung des anhaltend hohen Bevölkerungswachstums in diesem Land beizutragen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Repnik
vom 3. Oktober 1989**

Die Bundesregierung stimmt der in der Frage zum Ausdruck kommenden Auffassung zu, daß Maßnahmen zur Familienplanung möglichst nicht isoliert, sondern in Verbindung mit Programmen zur Basisgesundheitsversorgung und zur Verbesserung der Grunderziehung – insbesondere der weiblichen Bevölkerung – angeboten werden sollten.

Angesichts des anhaltend überdurchschnittlich hohen Bevölkerungswachstums in Pakistan hat die Weltbank dem Pakistan-Konsortium im April 1989 einen umfassenden Bericht „Rapid Population Growth in Pakistan-Concerns and Consequences“ vorgelegt, in dem die Zusammenhänge zwischen niedrigem Bildungsstand, Vernachlässigung des Gesundheitswesens, mangelhaften öffentlichen Dienstleistungen und Bevölkerungswachstum aufgezeigt werden. Die pakistanische Regierung wurde von den Gebern aufgefordert, entsprechende Programme, die vor allem eine Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung und der Grunderziehung vorsehen, zu entwickeln und der Gebergemeinschaft vorzulegen. Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, sich an solchen Programmen zu beteiligen.

Bonn, den 6. Oktober 1989

